

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP

Euro 2024 – Europa zu Gast in Bremen!

Der Deutsche Fußballbund (DFB) hat am 20. Januar dieses Jahres offiziell entschieden, sich für die Austragung der Europameisterschaft 2024 (UEFA Euro 2024) zu bewerben. Die kompletten Bewerbungsunterlagen müssen vom DFB bis zum 27. April 2018 eingereicht werden.

Mit über 37 000 Sitzplätzen erfüllt das Bremer Weser-Stadion die Voraussetzungen, um als Austragungsort zugelassen zu werden und bewirbt sich gemeinsam mit 17 weiteren Stadionstandorten um das Großereignis. Sie alle haben ihre noch nicht rechtsverbindliche Interessenbekundung beim DFB eingereicht.

Die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland im Jahr 2006, oftmals auch als „Sommermärchen“ bezeichnet, ist vielen Menschen in sehr positiver Erinnerung geblieben. Deutschland präsentierte sich in diesen Tagen als hervorragender Gastgeber und weltoffene Gesellschaft. Nach der Weltmeisterschaft besteht nun die Möglichkeit, mit der Euro 2024 ein weiteres sportliches Highlight nach Deutschland zu holen. Positive Effekte für Image, Tourismus und den Wirtschaftsstandort sind wichtige Argumente für eine Unterstützung der Bewerbung. Aber sportliche Großereignisse wie Olympische Spiele, Fußballweltmeisterschaften oder –europameisterschaften werden von Teilen der Bevölkerung durchaus auch skeptisch betrachtet, wenn sie in der jeweiligen heimischen Stadt als Austragungsort stattfinden sollen. Ambivalente Einstellungen zu solchen Großereignissen wurden nicht zuletzt auch durch Korruptionsvorwürfe hinsichtlich der WM-Vergabe 2006 an Deutschland gefördert.

Das Scheitern der Olympiabewerbung Hamburgs ist dabei ein norddeutsches Beispiel für ablehnende Haltungen innerhalb großer Bevölkerungsteile und zeigt, dass eine transparente Planung und die Erzielung eines breiten Konsenses innerhalb einer Stadtgesellschaft neben dem Eindruck von Fairness bei der Vergabe die wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Austragung von sportlichen Großereignissen sind. Orientierungsgrößen und Grobplanungen hinsichtlich der durch die Anforderungen der UEFA erforderlichen Planungen, Bau- und Verkehrsmaßnahmen, Sicherheit und Kosten müssen im Vorfeld des Großereignisses transparent dargestellt und unter Beteiligung der Öffentlichkeit diskutiert werden, um die Herstellung eines stadtesellschaftlichen Konsenses zu befördern.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft stellt fest:

Die Stadtbürgerschaft sieht in einer Beteiligung Bremens an der UEFA Euro 2024 positive Effekte für Image, Tourismus und den Wirtschaftsstandort Bremen und unterstützt die bisherigen Bemühungen des Senats, Austragungsort zu werden.

Die Durchführung der UEFA Euro 2024 am Standort Bremen bedarf daher eines breiten Konsenses der Stadtgesellschaft Bremens. Um einen solchen zu erzielen, sind zumindest Orientierungsgrößen und Grobplanungen hinsichtlich der durch die Anforderungen der UEFA erforderlichen Planungen, Bau- und Verkehrsmaßnahmen, Sicherheit und Kosten und deren faire Verteilung zwischen den Beteiligten transparent darzustellen und unter Beteiligung der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Vor einer entsprechenden Klärung kann es keine rechtsverbindliche Verpflichtung der Stadtgemeinde gegenüber Dritten geben.

Ingelore Rosenkötter, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Mustafa Öztürk, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis
90/Die Grünen

Marco Lübke, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP